

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinsätze kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinsätze werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wimelhäuser Straße 88—42. Telefon-Nr. 98 n. 89. Telegr.-Adr.: Ulverband Bochum.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen. Die russische Gefahr.

In diesen Kriegstagen merkt man so recht, wie sehr es breiten Volkschichten noch an volkswirtschaftlicher Bildung mangelt. Personen, die sich noch dazu an den Gebildeten rechnen, geben Urteile über die wirtschaftlichen Beziehungen der im Kriegszustand befindlichen Staaten und den „notwendigen“ Stand nach dem Kriege ab, daß man staunt ob dieser Unkenntnis in wirtschaftsgeographischen und handelspolitischen Grundfragen. Im Denkstein dieser Leute erkennt ziemlich jedes Land noch als ein „geschlossener Handelsstaat“, der sich mit seiner Eigenwirtschaft begnügen kann. Tatsächlich verknüpfen tausend und aber tausend Fäden das Wirtschaftsleben des einen Landes mit dem des andern.

Allein der deutsche Handel (Ein- und Ausfuhr) mit Großbritannien, Frankreich, Belgien und Russland belief sich 1913 dem Werte nach auf fast 6890 Millionen Mark. Ein und her laufen die Wirtschaftsbeziehungen. Je stärker ein Land industrialisiert ist, um so weniger kann es der ausländischen Abnehmer seiner Produkte entrichten. Je feinmaschiger aber diese Handelsverbindungen sind, desto verheerender wirken die Kriegswirren. 1870/71 war Deutschland im Vergleich zu heute noch wenig industrialisiert, sein Wirtschaftsleben konnte darum nicht entfernt so empfindlich wie 1914 von den kriegerischen Ereignissen verwundet werden, ganz abgesehen davon, daß wir jetzt nach mehreren Fronten kämpfen müssen und unser großer überseischer Handel größtenteils brachgelegt ist. Ein langer Krieg würde also auf das Wirtschaftsleben der kriegsführenden Länder mit starker Industrie und bedeutendem internationalem Handel unabsehbar verheerend wirken.

Vergegenwärtigen wir uns, welche Rolle allein die Produkte der Bergwerke und Hütten in Industrie im Welthandel spielen. Ihr Verbrauch kennzeichnet in erster Linie den Grad der Industrialisierung der betreffenden Länder und läßt deutlich erkennen, wie sehr die Kulturmöller aufeinander angewiesen sind.

Die Kohlenförderung der Welt betrug 1890: 518, 1900: 768, 1910: 1164, 1913 circa 1850 Millionen Tonnen. Wände, darunter auch industriell hoch entwickelte Länder haben keine, fast keine oder ungenügende eigene Kohlenanlagen. Am schlechtesten verfügt sind in dieser Sicht Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, die Schweiz, Italien, einige Balkanstaaten, Spanien und Portugal, der außerhalb des europäischen Kulturreises liegenden Länder nicht zu gedenken. Frankreich, Belgien, Österreich-Ungarn und Russland besitzen zwar eine eigene Kohlenförderung, müssen aber zur Bedarfsdeckung noch vom Ausland kaufen; wenn nicht Kohle, so doch Koks für Hüttenbetriebe. Die einzigen europäischen Länder mit größerer Kohlen- und Eisenfahrt sind Großbritannien und Deutschland.

Die Kohlenförderung nach Großbritannien ist nicht der Rede wert. Dagegen führt es rund ein Viertel seiner Kohlenförderung aus (1913: 292 Millionen Tonnen Förderung, davon 74,5 Mill. Tonnen Ausfuhr). In Deutschland wurden 1913 rund 191,5 Mill. To. Stein- und 87,4 Mill. To. Braunkohlen gefördert. Warenausfuhren vom Auslande 10,5 Mill. Stein- (davon 9,2 Mill. Tonnen aus Großbritannien) und 6,9 Mill. Tonnen Braunkohle (alles aus Österreich-Ungarn), führten aber gleichzeitig 34,5 Millionen Tonnen Steinkohle aus. Unsere Braunkohlenausfuhr ist noch unbedeutend.

Deutschland exportierte also letzährig rund 14 Millionen Tonnen Steinkohle mehr aus, als es importierte. Unsere Kohlenausfuhr geht hauptsächlich nach Österreich-Ungarn, Holland, Belgien, Frankreich, Russland, nach der Schweiz, nach Italien und Dänemark. Sie ist von nur 10,3 Mill. Tonnen im Jahre 1895 auf über 34,5 Mill. To. in 1913 angewachsen. Gleichzeitig stieg unsere Roksausfuhr von 2,2 auf 6,4 Mill. To., unsere Riketttausfuhr von 0,2 auf 8,1 Mill. To. Der Wert unserer Kohlen-, Rok- und Riketttausfuhr belief sich 1913 auf rund 820 Millionen Mark, dem ein Einführwert von rund 287 Millionen Mark gegenübersteht. Unser diesbezüglicher Ausfuhrwert überstieg 1913 betrug demnach 1913 rund 593 Millionen Mark.

Sehr reichlich ist Deutschland mit mineralischen Brennstoffen versorgt. Durchaus nicht so günstig steht es aber mit seiner Eisenerzeugung. Die ungefähr ermittelte Eisenerzförderung der Welt betrug 1890: 58, 1900: 92, 1910: 148, 1913: 174 Millionen Tonnen. Hier ist das Bild bezüglich der Eisenerzförderung ein wesentlich anderes als bei der Kohle. Deutschland und Großbritannien behüren einer bedeutenden Eisenerzaufschüttung. Wir hatten 1913 zwar eine Eisenerzausfuhr von 2,6 Millionen Tonnen (nach Belgien und Frankreich), aber eine Einführung von 14 Millionen Tonnen! Auch wenn wir die ganze heimische Eisenerzförderung selbst verschütten, hätten wir doch noch über 11 Millionen Tonnen Einführung nötig gehabt. Sie kommt hauptsächlich aus Schweden, Frankreich, Spanien, Südrussland und Algerien, aus Ländern, die ihrerseits wieder Kohlenfuhr benötigen. Großbritannien ist noch mehr als Deutschland auf Eisenerzimport angewiesen, während es, wie wir wissen, den stärksten Kohlenexport hat. Es empfängt aus Ländern, wohin es auch mineralische Brennstoffe liefert, vornehmlich aus Spanien und Schweden, die Erze für seine Eisen- und Stahlwerke. Ohne diese Aufschüttung müßte die britische Hüttenindustrie sich zurück entwickeln, indessen auch die Deutschlands kann längst nicht mehr ohne ausländische Eisenerze auskommen.

Die deutsche Kohlenförderung und Kohlenausfuhr ist in neuerer Zeit stärker als die britische gewachsen. Nebenflügel hat Deutschland Großbritannien schon erheblich auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlherstellung. 1913 betrug die Roheisenproduktion in Deutschland 19,3, in Großbritannien 10,6 Mill. Tonnen; namentlich in dieser und in der modernen Maschinenbauindustrie ist Deutschland der erfolgreichste Konkurrent Großbritanniens geworden. Darum ist die britische Kriegspartei von dem selbstsüchtigen Gedanken bestellt, durch diesen Krieg die

deutsche Weltmarktfürkunft zu beseitigen. Es ist britischerseits ein Kapitalistenkrieg, wie es der Burenkrieg, der um die südafrikanischen Goldgruben geführt wurde, war.

Das Wirtschaftsleben der europäischen Industriestaaten ist eben im 20. Jahrhundert derart vielseitig ineinander verschlossen, daß dieser seingliedrige Organismus — Großbritannien durchaus nicht ausgenommen — von kriegerischen Störungen, dauernd lange, geradezu vernichtend getroffen werden kann. Einen guten Monat kostet der Krieg erst und doch tritt schon eine Niederschüttung von wirtschaftlicher Not in den breiten Volksmassen, die infolge des Krieges arbeits- und brotlos geworden sind, ans Tageslicht. Die Friedensfreunde dachten auch an die unabsehbaren folgenschweren wirtschaftlichen Störungen eines Krieges zwischen den europäischen Industriestaaten und glaubten, schon deshalb würde das Neuerste vermieden. Dieser schöne Glaube wurde betrogen.

„Russland wollte unter allen Umständen den Krieg!“ erklärt der deutsche Reichskanzler abermals in einer für die amerikanische Presse bestimmten Erklärung. Die französische und die britische Regierung kam dann dem barbarischen Asiatentum gegen das deutsche Kulturvolk zu Hilfe. Der friedliche Weltbewerber der Völker wurde verbrecherisch vom Marxismus unterbrochen. Vergessen wir es nicht: „Russland wollte unter allen Umständen den Krieg!“ Lassen wir den Hauptfriedensstifter nicht aus dem Auge!

Russland ist aber nicht nur der gefährlichste Feind der Völkerfreiheit, sondern es ist auch unser gefährlichster wirtschaftlicher Gegner in Europa. Unermessliche natürliche Hilfsquellen besitzen dieses an Flächengehalt Deutschland fast vierzigmal überlegene europäisch-asiatische Riesenreich. Seit Jahren ist es systematisch daran, diese Hilfsquellen — darunter gewaltige mineralische und metallische Bodenschätze — zu erschließen; seine Industrie befindet sich in einem starken Aufschwung. Wir tun gut, die mannigfaltigen Mitteilungen über die „innere Fülle Russlands“ großenteils in das Gebiet der Fabeln zu verweisen. Seit Jahren hören wir von Revolutionen und wieder von Revolutionen in Russland. Auch kurz vor dem Kriegsausbruch. Und jetzt erfahren wir, daß die ungeheure Volksmasse im Patriarchen dem zaristischen Kriegsruf zustimmt, freilich wohl auch total irregeführt über die wirklichen Friedensstörer. Aber die russischen Massenheere marschieren doch gegen uns. Von der „Haltlosigkeit“ der russischen Armeen hören wir vor dem Kriege auch sehr viel. Die große Standhaftigkeit der russischen Heere auf dem polnischen Kriegsschauplatz muß uns aber eines anderen lehren. Der angebliche „Kolos auf tönernen Füßen“ entwickelt mehr Widerstand- und Angriffsstärke, wie die Bierbankstrategen prophezeiten. Es wird einen sehr schweren Kampf kosten, diesen Kolos niederzudrücken.

Ein schweres Ringen wird auch zwischen den westeuropäischen Industrieländern und Russland Industrie anheben, wenn diese das in den letzten Jahren eingeschlagene Entwicklungstempo nach dem Friedensschluß beibehält. Russland kann, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, eine so gut wie ganz vom Auslande abgeschlossene Eigenwirtschaft entwickeln und dann noch Westeuropa mit der billigen Massenproduktion seiner Industrie überschwemmen! Das ist die russische Gefahr außerhalb des Krieges.

Gegen diese Gefahr müssen sich die westeuropäischen Kulturstaaten rechtzeitig zusammenziehen. Je länger der Krieg dauert, um so größer wird die Ernte der amerikanischen Industrie und auch das Erbe Russlands sein. Dessen noch weit überwiegender agrarischer Wirtschaftsleben wird viel weniger als das der hauptsächlich industriell sich betätigenden, im Krieg befindlichen Staaten von den Kriegsfolgen verwundet. Ein guter Gradmesser für die Industrialisierung eines Landes ist sein Kohlebedarf. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel letzährig ein ungefährer Kohlenverbrauch von 4,17 To. in Großbritannien, 3,49 in Belgien, 3,73 in Deutschland (Stein- und Braunkohle), 1,58 in Frankreich, 1,14 in Österreich-Ungarn (Stein- und Braunkohle) und nur 0,24 in Russland. Das Kriegsrisiko der russischen Volkswirtschaft ist am geringsten. Die Riesenfluren des russischen Hinterlandes werden vom Kriege sehr wenig berührt. Auf Westeuropas lastet die Hauptvrucht des ungeheuerlichen Völkerregens.

Wer also die wirtschaftspolitischen Erfordernisse und Gefahren, denen sich die westeuropäischen Völker gegenübersehen, recht überlegt, der wird mit uns wünschen, daß der Krieg ein Ende nimmt, welches der dauernden Verstärkung der Westeuropäer gegen die russische Gefahr kein unübersteigliches Hindernis bereitet. Wir glauben aus gewissen Vorgängen annehmen zu dürfen, daß auch die deutsche Reichsregierung auf dieses glückliche Ziel hinarbeitet.

Stimmen aus der Kriegszeit.

Die rechtsnational-liberale „Kölner Zeitung“ besprach am 2. September die wenig erhebende Tatsache, daß sich in der Schicht der reichsten Bürger verhältnismäßig wenig Opferfreudigkeit zeige und schrieb dazu:

„Richtige Philisterseelen betrachten es schon als ganz in der Ordnung, daß ihnen die Zeitung zum Morgencafé so und so viel Gefangene und erbeutete Geschüle serviere und schwätzen unzufrieden das meiste schwere Haupt, wenn einmal einige Tage ohne Siegesnachricht vorgehen. Dieser Geist, der in behaglicher Sicherheit genießt, was viele Tausende seiner Konsoliden mit furchtbaren Mühen, mit qualvollen Schmerzen und Aufopferung ihres Lebens erkämpft haben, ist eines Deutschen durchaus unverständlich; denn Deutschland sieht nicht, wie die englischen Prämier, Soldner ins Feld, die zum großen Teil in anderen Berufen Schiffbruch erlitten haben, sondern die Blüte seiner Jünglinge und Männer. Glücklicherweise ist eine solche Aufsässigkeit der Dinge selten, daß sie aber nicht ganz fehlt; beweisen die Fälle, in denen Leute, die bei einem Funken wirklicher Vaterlandsliebe die Mittel leicht aufbringen können, allen

Opfern und Lasten nach Möglichkeit zu entschließen suchen und ihre Besteuer auf Nebensachen oder höchstens auf eine nichts kostende, aber sich nach außen patriotisch ausnehmende Geschäftigkeit beschränken. Franzosen, Russen und Engländer verdienen nicht so sehr unsern Grimm als Deutsche, die in dieser großen Zeit gleichgültig und nur um ihre Privatinteressen besorgt bestehen möchten. Sie verbreiten das Schmähwort „Vaterlandslose Gesellen“, das die Sozialdemokraten jetzt nicht mehr verbrennen. Der rote Sozialdemokrat, der mit entschlossenen Mut ins Feld zieht über ein Scherlein in die Sammelbündse legt, ist viel achtenswerter als der „staatsverachtende“ Bourgeois, der jetzt für seinen Gelddrank, seine Bequemlichkeit bangt, um vielleicht noch dem Friedensschluß über Vaterland, Sieg und Opfermut zu salben.“

Die freisinnige „Frankfurter Zeitung“ vom 8. September brachte einen gedichtlichen Rückblick auf die Entstehung der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen, vergleicht die Volkshebung von 1812/13 mit der jetzigen Mobilisierung des Volkes in Waffen und schlußfolgert:

„Es ist etwas anderes um ein Volk, dessen Kinder ihr Leben für das Leben der Nation einzehlen, etwas anderes um einen Staat, dessen führende Leiter ein Heer von geworbenen Mietlingen über das Meer senden, um Schäden zu schlagen, deren Vorteile vor allem einer reichen Herrschaft zugute kommen. Und in diesen ersten Tagen, da wir einen Kampf fechten, der uns an den Lebensnerv geht, hat sich noch etwas anderes gezeigt. Die Staatsleitung hat die Volksgerungen aus der allgemeinen Wehrpflicht gezogen. Die Unterschiede zwischen den politischen und nationalen Parteien haben aufgehört. Wo die gleiche Pflicht besteht, sein Leben zu opfern, da sollen auch die Rechte gleich sein. Es ist schön und verständlich, daß es seit Beginn dieses Krieges nur noch deutsche Brüder gibt, daß man nicht mehr fragt, welche Meinung der einzelne vom Staat hat. Das ist erst die Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht, und so ist die Hoffnung wohl nicht zu früh, daß uns durch die Wehrpflicht des deutschen Volkes und seine Bereitwilligkeit dazu auch für den später kommenden Krieg das beschert werde, was zu der allgemeinen Wehrpflicht eng gehört, die freie und ungehinderte Mitwirkung aller Volksbewußten und aller Volkskräfte zum Ausbau unserer nationalen Gemeinschaft und unserer nationalen Kultur.“

„Wo die gleiche Pflicht besteht, sein Leben zu opfern, da sollen auch die Rechte gleich sein.“ Diesem Rechtsgrundsatz zu folgen ist indessen, wie z. B. ein Artikel des konservativen Abgeordneten v. Dewitz im „Tag“ und nicht mißverständlich Erklärungen in industrielikalistischen Zeitungen lehren, noch nicht die Absicht aller sogenannten „Staatsbehaltenden“. Sie fabulieren immer noch von einem „inneren Feind“, als ob wir der äußeren nicht genug hätten. Es wird schwer halten, diese Deutschen eines Besseren zu belehren, aber wir können uns nicht vorstellen, daß die verantwortlichen Regierungskreise den Nichts-als-Egoisten zuliebe ihre Erfahrungen während der Kriegsnot vergessen werden. Es ist gewiß ein Reichen der Zeit, daß kein Geringerer als der deutsche Kanzler vor aller Welt nun von Russland als „dem Vertreter des furchtbaren Despotismus“, dem „Land, das keine geistige, keine religiöse Freiheit kennt“, spricht. Wenn wir das bedenken, dann müssen wir uns sagen, daß der oberste deutsche Reichsbeamte wenig Lust verspüren dürfte, auf die Herren v. Dewitz und Genossen zu hören.

In der Zeitschrift „Das Monistische Jahrhundert“ des bekannten Gelehrten Professor Wilhelm Ostwald heißt es in einem Artikel:

„Wo die die ethische, tief innerliche Opferbereitschaft, die jetzt aus unserem ganzen Volle herausgeht, — und in ganz vorbildlicher Weise auch aus den als „vaterlandslosen Gesellen“ verführten Angehörigen der Sozialdemokratie, — möge diese heilige Vaterlandsliebe, die jetzt bedingungslos alles einsiebt, hinterher nicht wieder, wie einst vor hundert Jahren, betrogen werden. Jetzt sind wir plötzlich gut demokratisch in allen Dingen geworden; wir haben ein Recht darauf, es dann auch im Frieden sein zu dürfen.“

Was die Sozialdemokratie am 4. August versprochen hat, hat sie bisher getreulich gehalten. Freudig sind die Sozialdemokraten zu den Fällen gegangen, — sie füllen vermaulich bald die Gülfte unseres Kriegsheeres! Die Gewerkschaften arbeiten mit den Landwirtschaftsmännern einmütig zusammen, um die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte für die Ernte zu organisieren. Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen haben sich mit ihrem gesamten Sanitätsmaterial dem Generalstab zu Krankenpflegediensten zur Verfügung gestellt. Die sozialdemokratischen Frauen haben sich bereit erklärt, mit ihren Organisationen mit der „bürgerlichen“ Hilfe Hand in Hand zu arbeiten. Das alles sind Dinge, die dieser Partei, bei ihrer bekannten theoretischen Haltung und ihrer praktischen Bekämpfung des Militarismus — man denke an den erst vor Kurzem gegen sie angestrengten, im Sande verlaufenen Montsprecher wegen Heeresbedeckung —, zu unvergänglichem Ruhme gerichtet und jedem Patrioten, der unter der Berufung unseres Vaterlandes gefallen hat, aufs tiefste ergreifen müssen.“

Was die Sozialdemokratie am 4. August versprochen hat, hat sie bisher getreulich gehalten. Freudig sind die Sozialdemokraten zu den Fällen gegangen, — sie füllen vermaulich bald die Gülfte unseres Kriegsheeres! Die Gewerkschaften arbeiten mit den Landwirtschaftsmännern einmütig zusammen, um die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte für die Ernte zu organisieren. Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen haben sich mit ihrem gesamten Sanitätsmaterial dem Generalstab zu Krankenpflegediensten zur Verfügung gestellt. Die sozialdemokratischen Frauen haben sich bereit erklärt, mit ihren Organisationen mit der „bürgerlichen“ Hilfe Hand in Hand zu arbeiten. Das alles sind Dinge, die dieser Partei, bei ihrer bekannten theoretischen Haltung und ihrer praktischen Bekämpfung des Militarismus — man denke an den erst vor Kurzem gegen sie angestrengten, im Sande verlaufenen Montsprecher wegen Heeresbedeckung —, zu unvergänglichem Ruhme gerichtet und jedem Patrioten, der unter der Berufung unseres Vaterlandes gefallen hat, aufs tiefste ergreifen müssen.“

Das nach dem Kriege die von Professor Ostwald befürchtete innerpolitische Rückwärtsecke nicht eintritt, dafür kann und muß das arbeitende Volk sorgen, indem es seinen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen Treue bewahrt.

Die Rückwärtsecke wird nur von solchen Kreisen befürwortet werden, die ihre Selbstsucht auf Kosten des Volksganzen befriedigen wollen, denen die ideale Gesinnung, die zu großen und schönen Taten befähigt, vollständig fehlt. Über das den Idealismus enttäuschte selbstsüchtige Streben nur nach materiellem Gewinn, läßt sich nun sogar die „Rheinisch-Westfälische B.Z.“ wie folgt aus:

„Das ist es, was unserer Zeit bisher fehlte: Idealismus. Gehen wir einmal ein wenig in uns. Wofür streben die Millionen, die unser Deutsches Reich bevölkern? Doch nur für materielle Gewinne! Unsre Hauptmacht war der Handel, sein Wesen ist in allererster Linie nicht idealer Art. Er bezweckt die Bereicherung des Einzelnen aus dem Verlust der anderen. Daß er nebenbei deutsche Kulturrüte ins Ausland trägt, dem geeinten Deutschen Heide durch Bölle und Steuern Macht aufzuheben, der Wissenschaft und vielleicht auch der Kunst — das läßt sich nämlich bestreiten. — Mittel zur Verfügung stellt, damit sie weiter schaffen kann, ist unzureichend, aber den Kaufmann möchte ja Lernen lernen, der dies als Zweck seiner Handelsunternehmung auf seine Fahne schreibt. Er will in erster Linie sich bereichern, und wenn er nachher sogenannten weilen Gebieten seine erworbenen Schätze zur Verfügung stellt, so ist es in 999 von 1000 Fällen nicht aus Idealismus, sondern wieder aus praktischen egoistischen Erwägungen; die Wissenschaft selbst schafft heute mit einigen wenigen Ausnahmen Handelswerte, sei es als Folie für den Mann, sei es direkt zur Anbietung seiner Erzeugnisse...“

An diese beherzigenswerte Epistel über die trassen Egoisten werden wir die Essener „Kohlenfante“ zur gegebenen Zeit erinnern.

Die Kriegsgreuel in Belgien.

Die deutschfeindliche Auslands presse, aber auch die Presse der neutralen Staaten ist angefüllt mit Schreckensnachrichten über das Verhalten der deutschen Truppen in Belgien. Momentlich die Zerstörung des größten Teiles der alten, an Kunstdenkmalen reichen Stadt Löwen wird als Beweis der "hunnischen Barbarei" der Deutschen ausgeschlachtet.

Unsere Verbundeszeitung gelangt auch jetzt noch teilweise in das neutrale Ausland; sie wird nach Wiedereintritt des Friedens auch eine Quelle zur Aufklärung unserer jetzt in die Kriegswirren verwickelten ausländischen Arbeiterschwestern sein. Deshalb glauben wir, zur Sicherheit der Wahrheit und zur Ehre des von der feinen ausländischen Kriegspresso schämmlich verleumdeten Deutsch-

ums folgendes feststellen zu sollen:

Es ist nicht wahr, daß die deutschen Soldaten, unter ihnen sich ja auch viele Hunderttausende unserer Gewerkschaftsgenossen befinden, "den Hunnen gleich" friedliche Siedlungen zerstören und friedliche Einwohner ermorden. Wahr ist, daß unsere Soldaten in dem Glauben, sich in friedlichen Orten zu befinden, entsetzlich getäuscht wurden durch nördliche Heberfälle der nach dem nun einmal geltenden Kriegsrecht sich abseits vom Kampfplatz zu haltenden Städteverteidigung. Hätte sich der männliche Teil derselben den Landesverteidigung angeglichen, dann waren sie der Achtung und Schonung als pflichtbewußte Landesverteidiger sicher. Wir ersuhren jedoch durch Mitteilungen von im Felde stehenden Freunden und Kameraden, daß die sich keines Angriffs verschenkenden deutschen Truppen in den dann erst zerstörten Orten von einem mehr oder weniger großen Teil der Bevölkerung in der hinterlistigsten Weise überfallen und unsere Soldaten oft in der barbarischsten Weise gemordet und verstimmt worden sind! Wir selber sahen entsetzlich verstümpte Verwundete im Lazarett und auf den Transporten, erfuhren auch aus Briefen durchaus glaubwürdiger Kameraden, daß ein furchtbar ererbitterter Kampf Mann gegen Mann geführt werden mußte, um die rasanten Zivilbevölkerung, darunter Frauen und manchmal sogar Kinder, niederkutzen zu können. Kein Militärposten, selbst kein Arzt, keine Sanitätskolonne war des Lebens mehr sicher, auf Verwundete wurde noch mit schrecklichen Mordwaffen eingehauen und eingeschlossen. Darüber ergrimmten unsere überfallenen Soldaten bis zum Neubeginn und nun walzte der Kriegsschrecken in seiner schaurischsten Gestalt. Wir haben oft genug den leichtfertigen Kriegsschwärmern die Entgegenlichkeit des Krieges vorgehalten, wir ahnen seine Schrecken, aber unsere Ahnung ist von der Wirklichkeit weit übertrroffen worden.

Was der deutsche Reichskanzler in seiner Erklärung (7. September) für die amerikanische Presse über die Greuel in Belgien sagt, das findet zum Glück für die Menschheit volle Bestätigung durch die Mitteilungen, die wir auch sonst von glaubwürdigen Kriegsteilnehmern erhalten.

Es ist nicht wahr, daß unsere Soldaten blutdürstige Bestien sind. Millionen Deutscher stehen unter Waffen, die leidenschaftlich gegen den Völkerkrieg protestierten und nun mit tiefer Trauer über das vergossene Menschenblut ihrer Pflicht als Landesverteidiger genügen. Millionen sind Familienhauer, die Weib und Kinder hängend zu Hause ließen. Sie sind keine besoldeten Landsknechte, keine im Kriegshandwerk verrohte Tropfiers, keine zerstörungslustigen Barbaren, sondern Angehörige eines großen Kulturrückens, dem der Völkerkrieg keine Selbstverständlichkeit ist. Filzreiterlich sind diese Männer gereizt worden durch die heimtückische Ermordung ihrer Kameraden, sonst wäre Löwen unbewilligt geblieben, wie die vielen anderen offenen belgischen und französischen Orte, deren Zivilbevölkerung sich von dem Kampfe fernhielt.

Der deutsche Kaiser, der sich der Tragweite seiner Kundgebung voll bewußt ist, hat (am 8. September) an den nordamerikanischen Präsidenten Wilson folgendes Telegramm perichtet:

"Ich betrachte es als meine Pflicht, Herr Präsident, Sie als den hervoerlegendsten Vertreter der Grundlage der Menschlichkeit zu benachrichtigen, daß nach der Annahme der französischen Fertigung Longwy meine Truppen dort Tausende von Dum-Dum-Geschossen entdeckt haben, die durch eine besondere Regierungserklärung hergestellt waren. Ebensoche Geschosse wurden bei Gefrorenen und verwundeten Soldaten und Gefangen, auch bei britischen Truppen, gefunden. Sie wissen, welche schrecklichen Wunden und Leiden diese Grundsätze des internationalen Rechts streng verboten ist. Ich rüte daher an Sie einen feierlichen Protest gegen diese Art der Kriegsführung, welche darf der Methoden unserer Gegner eine der barbaren geworden ist, die man in der Geschichte kennt."

Nicht nur haben sie diese grausamen Waffen angewendet, sondern die belgische Regierung hat die Leidnahme der belgischen Zivilbevölkerung an den Kämpfen offen erfüllt und seit langem jüngst vorbereitet. Die selbst von Frauen und Geistlichen in diesem Guerillakrieg begangenen Grausamkeiten, auch an verwundeten Soldaten, Ärztenpersonal und Pflegerinnen (Ärzte wurden gefoltert, Lazarette durch Gewehrsalven angegriffen) waren derartig, daß meine Generäle endlich gestanden waren, die schärfsten Mittel zu ergreifen, um die Schläger zu bestrafen und die blutdürstige Bevölkerung von der Fortsetzung ihrer schimpflichen Nord- und Schandtaten abzuschrecken. Einige Dörfer und selbst die alte Stadt Löwen mit Ausnahme des schönen Stadtpalais mußten in Selbstverteidigung und zum Schutz meiner Truppen zerstört werden.

Mein Herz blutet, wenn ich sehe, daß solche Maßregeln unvermeidlich geworden sind, und wenn ich an die zahllosen unschuldigen Leute denke, die ihr Heim und Eigentum verloren haben infolge des barbarischen Vertrags jener Verbündeter. Wihelm L.R."

Auch diese Anklagen bestätigen die uns gewordenen privaten Mitteilungen. Es wird auch gezeigt, wer die Verantwortung für diese schaurliche Metzeli zu tragen hat: die belgische Regierung! Das unglückliche belgische Volk ist von dieser Regierung, die notorisch wohl den französisch-englischen, aber nicht den deutschen Herren den Durchzug durch Südost-Belgien gestatten wollte, trotz der den belgischen Staatsfeinden wohlbekannten Kriegsregeln zum Frankfurterkrieg aufgeföhrt worden und hat dafür die Blutschuld zu tragen.

Das belgische Volk entschließt einer staatlich organisierten Elementarschulbildung. Ein sehr großer Teil ist des Lesens und Schreibens unkundig, eine Katastrophe, die von den belgischen Arbeiterschülern im Hinblick auf die sehr wenig verbreitete Arbeitsschule oft bitter beklagt wurde. Die große Mehrzahl der sogenannten "freien Schulen" wird von dem Weltklasse und von Klosterleuten geleitet. Gegen die allgemeine Schulbildung sträubt sich die in Händen klerikaler Parteigänger befürchtete Regierung. Erst nach dem Kriegsausbruch erhielt der Sozialist Vandervelde einen Ministerposten. Vorher verteidigte die klerikale Regierung den Liberalen und Sozialisten den ihnen gebührenden Anteil an der Regierung, verteidigte die allgemeine Volkschule, verteidigte auch die Einführung des gleichen direkten Wahlrechts, bestand auf dem den klerikalen günstigen Plural-Mehrstimmen-Wahlrecht. Gerade die belgischen Bergarbeitermassen sind die schärfsten Feinde der klerikalen Gewaltregierung. Unsere Kameraden haben wiederholt durch große Massenstreiks verhindert, die Regierung das Volkswahlrecht abzurufen. Ost ist deshalb belgisches Arbeiterschlaf gekommen. Die Regierung, dir-

giert von dem verbissenen klerikalen Parteiführer Woeste, bestand auf ihrem Gewaltrecht.

Belgien ist auch der europäische Industriestaat, in dem am längsten (bis vor wenigen Jahren noch) die Frau anarbeit unter der Lage gebräuchlich war. Die Ausbeutung von Kindern unter der Lage besteht noch! Aus den schon vor Jahrzehnten erhobenen Protesten edler Menschenfreunde (darunter auch Industrielle) geht hervor, daß diese Frauen- und Kinderausbeutung das Arbeitervolk demoralisiert, es verrott, zumal ihm gar keine Schulbildung zuteil wurde. Als 1878 das belgische Parlament, in dem damals noch keine Sozialisten saßen, über einen Antrag des Abgeordneten Lemire, der wenigstens die unterirdische Beschäftigung von Knaben unter 14 und von Mädchen unter 15 Jahren verboten wissen wollte, beriet, da setzte der klerikale Parteiführer Wb. Woeste die Ablehnung dieses humören Antrages durch. Er erklärte u. a. wenn dieser Antrag Geheiß würde, dann folge die allgemeine Schulbildung und sie würde die sozialistische Bewegung stärken. Also lieber sollte die Arbeiterjugend ausgebaut werden und der Verrohung anheimfallen, als daß die klerikale Herrschaft durch eine gute Volksschule bedroht würde. Das war — und ist — das "soziale Programm" der Woeste und Genossen.

Diese Verdrümmungs- und Verrohungspolitik der herrschenden Klasse in Belgien erklärt auch sehr vieles von den Greueln, die das von seiner Regierung aufgezeigte und irregelmäßige Volk an unseren Soldaten beging.

Bolzwirtschaftliche Rundschau.

Höchstpreise für den Großhandel.

Der Handelsminister v. Sybow hat folgenden Erlass über Höchstpreise für den Großhandel veröffentlicht:

Vielfach wird darüber gesagt, daß die Preise für Lebensmittel auch im Großhandel unangemessen erhöht worden seien. Solche Preissteigerungen waren schon vermehrt, als sie in der ersten Besitzung über die unvermeidlichen Verbrauchsbeschränkungen erfolgten, sie nötigen zu scharfen Gegengesetze, falls sie angeht der Verschreiterungen und des Standes der Ernte fortgesetzt werden. Um den Kleinhandel und die Verbraucher vor Übersteuerung zu schützen, werden da, wo es nötig sein sollte, Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden. Nach dem Gesetz kann alsdann die Behörde die Vorräte übernehmen und zu den festgesetzten Höchstpreisen auf Rechnung und Kosten des Besitzers verkaufen, wenn dieser sich weigert, zu den Höchstpreisen zu verkaufen. Bei der Festsetzung von Höchstpreisen wird die normale Marktlage maßgebend sein und auf vorangegangene Preistreibereien keine Rücksicht genommen werden.

Die späteren höheren Preise.

Der "Westfälische Bauer", das Vereinsorgan der westfälischen Landwirte, erläutert eine dringende Mahnung an die Vereinsmitglieder, besonders an die Schweinemäster. Es wird darauf hingewiesen, daß bei der Abnahme der hannoverschen Viehverbundungsgenossenschaften in den letzten Tagen massenhaft Tiere von 125—180 Pfund verladen worden seien, was von Überstürzung und Kopflösigkeit zeuge. Es wird weiter empfohlen, die Schweine durchzuhalten, und sostießlich heißt es: „Es kommt im Augenblick gar nicht darauf an, in turzer Zeit schlachtreife Tiere zu bekommen, sondern die vorhandenen — auch selbst ohne jede Gewichtsunahme — hinzuhalten für spätere Zeiten. Wenn Unbequemlichkeiten damit verbunden sind, so müssen sie in den Kauf genommen werden; man wird dafür aber durch die späteren höhern Preise reichlich entschädigt.“

Androhung von Höchstpreisen.

Das bayerische Ministerium des Innern gab bekannt:

Über die Preissbildung verschiedener Nahrungsmittel, besonders des Mehl im Großhandel, ist vielfach Klage laut geworden. So wurde berichtet, daß einzelne Großhändler den Weizenpreis von 89 auf 48 Pfund und darüber gesteigert haben, obwohl sie noch mit Vorräten aus der Zeit vor der Kriegserklärung versehen waren. Solche Preissteigerungen könnten schon in der ersten Zeit nach der Mobilisierung nicht entschuldigt werden. Nach Eintreten der Verkehrserlaubnisse und nach der ingwischen erfolgten Verhüllung der Getreide Märkte können derartige Ausschreitungen, die auf eine Ausbeutung der Bevölkerung hinauslaufen, unter keinen Umständen geduldet werden. Wenn deshalb der Großhandel und die Mühlen nicht sofort zu angemessenen Preisen zurückkehren, werden zum Schutz des Kleinhandels und der Verbraucher vor Übersteuerung Höchstpreise in dem Großhandel festgesetzt werden. Nach dem Gesetz kann die Behörde die Vorräte übernehmen und zu den festgesetzten Höchstpreisen für Rechnung und auf Kosten des Besitzers verkaufen, wenn dieser sich weigert, zu den Höchstpreisen zu verkaufen. Für die Festsetzung der Höchstpreise ist nur die wirkliche Marktlage bestimmend.

Reform der Berginspektion.

Junge Invaliden.

Wir schon haben wir betont, welch ein enormer Schaden auch unserer Volzwirtschaft durch die starke Desorganisation der Bergarbeiter infolge der erschreckend vielen tödlichen Verunglücksungen zugefügt wird. Würden im deutschen Bergbau nicht mehr Menschen tödlich verunglücken als im englischen oder im belgischen, dann bedeutete dies einen Gewinn von 500 bis fast 1000 Menschen jährlich! Was im Auslande auch durch eine Reform der Bergkontrolle erreicht werden könnte, warum sollte das in Deutschland unmöglich sein?

Aber noch viel mehr als durch den jähren Tod im Betriebe werden unsere Bergleute gezwungen durch die zahlreichen Verkrüppelungen erheblicher Mannigfaltigkeit. Darüber gibt die neue, vom Bergwerksministerium herausgegebene preußische Knappfass ist nicht auch Auskunft. Sie betrifft das Jahr 1912. Diese Statistik erachtet immer ziemlich spät. Nach diesen Quellen betrug 1912 in sämtlichen Knappfassvereinen das

Oberbergamt bezirk	Lebensalter	Dienstalter	Höchstpreise	
			der neuen Knappfassmitglieder	der neuen Unfallinvaliden
Breslau	50,5 Jahre	24,1 Jahre	37,4 Jahre	11,7 Jahre
Halle	55,9 "	30,3 "	41,0 "	14,6 "
Klausthal	53,1 "	30,0 "	49,5 "	28,0 "
Dortmund	46,0 "	22,0 "	34,2 "	9,9 "
Düsseldorf	49,3 "	24,7 "	35,9 "	11,5 "

Gerade in den Bezirken mit sich ausbreitendem Bergbau (vorwiegend auf Kohlen) wird die Arbeitsfähigkeit der Knappfassfamilien erschöpft; am schnellsten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo der Bergmann schon nach durchschnittlich 22 Dienstjahren mit seiner Arbeitskraft fertig ist. Speziell im Gebiet des Allgemeinen Knappfassvereins zu Bochum schon nach 21,9 Jahren! Am längsten hält noch die Arbeitskraft der Erzbergleute, dann der Salinenarbeiter und der Salzbergleute vor.

Man betrachte sich das "Dienstalter" der Unfallinvaliden! Sehen wir von dem kleinen Oberbergamt Klausthal ab (vorwiegend Erzbergleute und Salzbergleute), dann müssen wir konstatieren, daß hauptsächlich Arbeiter im frühesten Alter wegen Verkrüppelung aus der Bergleistung scheiden müssen! Wegen Krankheit nutzten allein in dem einen Jahre 1912 nicht weniger als 8694, wegen Unfall 1188 preußische Knappfassmitglieder invalidiert werden! Ein schwerer Verlust!

Aus dem sehr eingehenden Bericht des Dokument Knappfassvereins, der allein über 40 Prozent aller preußischen Knappfassmitglieder umfaßt, ist genauer das Alter der Invaliden zu erkennen. Insgesamt wurden 1913 in diesem Verein 2826 Mitglieder invalid. Nur 160 waren davon älter wie 60 Jahre. Dagegen befanden sich 740 oder gut 26 Prozent der neuen Invaliden erst in einem Alter bis zu 35 Jahren! 217 waren erst bis zu 25 Jahre alt, standen kräftige Männer wurden, waren sie bereits verkrüppelt und hin-

sichtende Invaliden. Ein großer Teil unserer Volkskraft ging so verloren ohne geringe Not.

Was das bedeutet, dafür wird wohl heute, wo die Gehaltung Deutschlands von der Größe seiner Volks- und Wehrkraft abhängt, mehr Verständnis auch an jenen Stellen vorhanden sein, die bisher auf unsere erste Mahnung: Mehr Bergarbeiter schubt nicht aufgetreten.

Die Überanstrengung der Bergleute

ist die Hauptursache ihrer raschen Invalidität und der massenhaften Betriebsunfälle. Das wird manchen Leser, der aus gewissen Zeitungen und Berichten den Einbruck gewinnt, als ob die Arbeitsunlust und die "Bummelie" unter den Bergleuten zunehme, unrichtig erscheinen. Ist es doch seit langem üblich geworden, in den Werksberichten auch die "Bahn der freiwilligen Feierlichkeiten", der sogenannten "Bummelschichten" der Bergleghäuser anzugeben und daran allerhand moralisierende Erörterungen zu knüpfen. Damals kann es scheinen, als ob die Bergleute immer weniger Schichten verführen — wohl weil der "Sohn zu hoch" sein soll — und leider übernehmen auch die meisten Werksverwaltungen mitgeteilten Angaben über "freiwillige Feierlichkeiten".

Wie sieht es jedoch in Wirklichkeit mit der "Zunahme der Bummelschichten" aus? Das soll uns der Bericht des Vereins für die Bergbauwirtschaftlichen Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund für 1913, II. Teil, erläutern. Nach dem Bericht dieses Bergarbeiterverbandes entfielen durchschnittlich auf pro Bergarbeiter (Gesamtbelegschaft) verfahrene Schichten:

	1910	1911	1912	1913
im Ruhegebiet	804	808	815	824
in Oberschlesien	280	282	260	812
in Niederschlesien	301	308	308	821
im Saargebiet	288	288	290	804
im Würzburger Land	808	804	814	816

Von 1912 an erfolgt auf bergbauliche Anknüpfung hin eine etwas geänderte Schicht- und Wohnstatistik. Es ist darum in obiger Tabelle für 1912 das Röhrengesetz nach der alten und nach der neuen Methode angegeben. Welche aber ergeben eine Veränderung der Schichten pro Arbeiter? Unverkennbar (mit einer einzigen Ausnahme) haben sich seit 1910 die von Arbeiter verfahrene Schichten vermehrt, zum Teil sogar bedeutend!! Das steht doch wahrscheinlich nicht nach steigender Arbeitsunlust und Vermehrung der "Bummelschichten" aus! Das solche vorkommen, der eine oder der andere Kumpel sich wohl auch mehrere freiwillige Feierlichkeiten im Monat leistet, wird von uns nicht bestritten. Über das kann gar nicht für die Gesamtheit ins Gewicht fallen, denn wir können sonst die außerordentlich hohen Schichtenzahlen pro Arbeiter her! Man sollte auch beachten, daß laut Knappfassstatistik auf pro Vereinsmitglied jährlich 9—10 verfahrene Feierlichkeiten entfallen. Die muß man den Arbeitsschichten zurechnen, dann kommen pro Knappfassmitglied nur 29 bis 45 Tage jährlich heraus, an denen es sich, ohne krank zu sein, erholen kann! Das heißt, der Bergmann verfährt durchschnittlich weit mehr Schichten als das Jahr gesetzlich vorgesehen.

Man sollte auch beachten, daß laut Knappfassstatistik auf pro Vereinsmitglied jährlich 9—10 verfahrene Feierlichkeiten entfallen. Die muß man den Arbeitsschichten zurechnen, dann kommen pro Knappfassmitglied nur 29 bis 45 Tage jährlich heraus, an denen es sich, ohne krank zu sein, erholen kann! Das heißt, der Bergmann verfährt durchschnittlich weit mehr Schichten als das Jahr gesetzlich vorgesehen. Die höchste durchschnittliche Schichtenzahl entfällt auf den Bergarbeiter im Oberbergamtbezirk Dortmund. Auf jeden dieser Arbeiter kommen 1913 durchschnittlich 147 (!!!) Schichten! Die Hauer und Schlepper verfuhren hier (1913) durchschnittlich 327 Schichten! 1910 waren es 304. Sollten wirklich die Angaben der Werksberichte über "vielen Bummelschichten" stimmen, dann müssen andererseits sehr viele Bergarbeiter mit

öffentlichen Gehörs wirkend, welthin im Reiche sich einen Namen gemacht hatten, daß der vaterländische Heldentum in ihnen lebendig geblieben war."

Das „Kölner Tageblatt“ (amtliches Kreisblatt) schreibt: „Belannte hatte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank als einer der ersten als Kriegsfreiwilliger gemeldet. Er ist den Heldenstand für Vaterland gestorben. Ein neuer Beweis dafür, daß alle Schranken, die bisher das deutsche Volk trennten, von dem Sturm der Begeisterung niedergespien worden sind. Es giebt sich nicht, viele Worte zu machen. Aber es soll gesagt sein: Dieser sozialdemokratische Abgeordnete, der dem Vaterland die Treue bis in den Tod bewies, wird beim deutschen Volke unvergessen bleiben.“

Das freilinnige „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Der Abgeordnete Frank, der im 41. Lebensjahr stand und im Reichstag seit 1907 den Wahlkreis Mannheim vertrat, war eine der schönsten Hoffnungen der sozialdemokratischen Partei; ein kluger Taktiker und zugleich ein glänzender Redner. Wer ihn, der in seinem Neukirchen an Lassalle erinnerte, auf der Reichstagtribüne sah, wer seinen geistvoll zusätzlichen Ausführungen gelascht hat, dem wird Dr. Frank unvergesslich sein. Das der Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“, den man gegen die Sozialdemokratie erhoben hatte, nicht berechtigt war, hat ihr Verhalten in dieser Zeit zum Beweis geworden, daß vollständig Dr. Frank ein Mann von starkem patriotischen Empfinden gewesen ist, zeigte er durch die Tat, als er sich beim Beginn des Feldzuges als Kriegsfreiwilliger meldete. Und doch war Dr. Frank zugleich ein Kämpfer der internationalen Verbündigung, und er hatte eben erst an der deutsch-französischen Baseler Konferenz teilgenommen. Wie bei allen anderen, hüten und drüber, was bei ihm, so sehr er auch an seinen Ideen festhalten mochte, der Gedanke, daß jetzt das Vaterland verteidigt werden und siegen müsse, allein maßgebend und entscheidend. Auf der grauen Opferliste des Krieges steht der Name Ludwig Frank neben dem Namen so vieler tausender deutscher Männer.“

Der badische Minister des Innern Freiherr von Bodmann sprach am 10. September auf der Rebaktion des sozialdemokratischen „Völkerfreund“ in Karlsruhe vor, um in seinem Namen sowie im Auftrage des Staatsministeriums dem Chefredakteur Kolb als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sein Beileid anzulächeln. Das Abgeordnete Dr. Ludwig Frank aus Münster v. Bodmann bezeichnet den Tod von Dr. Frank als einen schweren Verlust für die Sozialdemokratie wie für das Vaterland überhaupt, da Frank bei der nach dem Kriege notwendig werdenden Organisation der Verhältnisse Grobes hätte leisten können.

Das Brigadekommando hat in einem Tagesschreiben die Verdienste Franks gewürdigt. Das gleiche tat sein Hauptmann in einer Aufrade.

Das zuständige Kommando hat die von den Angehörigen in Gemeinschaft mit den Mannheimer Parteilandes erbetene Erlaubnis zur Überführung der Leiche nach Mannheim erteilt.

Zu Lassalles 50. Todestag.

Amitte der furchterfüllten Kriegswirren lehrte zum 50. Male der Todestag des Mannes wieder, der das deutsche Proletariat am gründlichsten und nachhaltigsten aus politischen Schlaf gepolt hat. Ferdinand Lassalle, geboren am 11. April 1825, der Sohn eines reichen jüdischen Kaufmanns in Breslau, sollte gleichfalls Kaufmann werden. Er zog es aber vor, Philosophie und Rechtswissenschaft zu studieren. Wir sehen ihn bereits im Revolutionsjahr 1848 hervortreten, wo er sich eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten wegen Aufrufung zur Steuerverweigerung holte. Während der deutschen Konterrevolution und Restaurationperiode der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts war auch die politische Tätigkeit Lassalles schmäler. Als aber der Wind wieder überlieferte, trat er sofort auf den Plan, um die Arbeiterschaft aus der Gefolgschaft der Fortschrittspartei zu reißen und politisch auf eigene Füße zu stellen. Seine feurige und zündende Agitationsrede aus dem Jahre 1863 ist besonders berühmt, die er im Berliner Beepalast vor Maschinbauern gehalten hat. Sie ist heute noch unter dem Titel „Das Arbeiterprogramm“ als Broschüre zu erhalten und durchaus lesenswert. Diese Rede machte seinerzeit das Leipziger Zentralomitee zur Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses auf Lassalle aufmerksam, an dessen Spitze Bahlreich und Grützsch standen. Diese setzten sich mit ihm in Verbindung, und am 1. März 1863 sandte Lassalle dem Komitee das berühmt gewordene „Offene Antwortschreiben“ zu, das ein Programm der Aufgaben der Arbeiterschaft war. Am 28. Mai kam der Kongress in Leipzig zusammen. Er gründete den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, die erste Organisation der deutschen Sozialdemokratie. Präsident dieses Vereins wurde Lassalle. Die Erringung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts war das nächste Ziel, das sich der Verein stellte. Mit der Gründung von Gewerkschaften hat sich Lassalle nicht beschäftigt. Im politischen Kampfe erstrebte er die Gründung von Produktionsgenossenschaften mit Staatsförderung, wodurch er die Befreiung der Arbeiterschaft erhoffte, und dazu schien ihm die Gewerkschaften wenig geeignet. Das „eheme Lohngegesetz“ hielt nach Lassalle Ansicht innerhalb bestimpter Grenzen, so daß sich der gewerkschaftliche Kampf erübrigte. Trotzdem haben später Anhänger Lassalles, wie Grützsch und Schweizer, doch Gewerkschaften gegründet. Am 8. Mai 1864 trat Lassalle eine Agitationssreise an, die eine Schulungstour folgen sollte. „Die beispielhaften Unstreuungen des Winters hatten seine Gesundheit völlig zerstört“, sagt Mehring in seiner Parteigeschichte von ihm. Lassalle sollte von dieser Reise nicht mehr zurückkehren. Am 28. August 1864 wurde er von dem rumänischen Junker Nalowitsch im Duell niedergeschlagen. Drei Tage später ist Lassalle in Genf gestorben. Es ist nicht unsere Aufgabe, darüber zu richten, daß sich Lassalle in das Duell einließ. Wir haben vielmehr, heute noch mehr als sonst, die Pflicht, im Sinne Lassalles das einzige Band um die Arbeiterschaft zu füllen; unsere durch den Krieg so schwer bedrohten Organisationen lebensfähig zu erhalten. In diesem Sinne ehren wir das Andenken des großen Toten am würdigsten.

Arbeitslosunterstützung

zählt die Stadt Berlin an arbeitslose Arbeiter, Angestellte, kleine Geschäftleute und Angehörige seines Berufe. Die Stadtverwaltung hat mit unserer Gewerkschaftskommission ein Abkommen dahingehend getroffen, daß aus städtischen Mitteln auch ein Zufluss zu der Arbeitslosenunterstützung unserer Gewerkschaften gezahlt wird. Derartige Zuflusszahlungen sind von unserem Gewerkschaftskongress gefordert, aber von den fraglichen Verhören prinzipiell abgelehnt worden. Nun die große Kriegsnot herrscht, kommt auch diese Gewerkschaftsforderung zu Ehren.

Militärverwaltung und Arbeiterorganisation.

Der Kriegsminister gestattet dem Militär das Abonnieren auf die sozialdemokratische Arbeiterpresse. Ein Hauptmann von der Garde hält in Berlin in einer Versammlung unseres Schreiberverbandes einen Vortrag gegen wuchernde Unternehmer!

Große Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Unser Bruderorgan, „Der Textilarbeiter“, schreibt: „Der plötzlich und überraschend ausgebrochene Krieg hat in dem Geschäftsbüro der Textilindustrie kolossale Verheerungen angerichtet. Die Arbeitslosigkeit ist hier ganz ungeheure. Im Elsass, was gerade in dem Felde, wo die Textilindustrie stark vertreten ist, bisher Schauplatz des Krieges war, ruht natürlich der Betrieb fast sämtlicher Fabriken. Aber auch in den anderen Textizentren, besonders in Sachsen, wo allein 230 000 Personen in der Textilindustrie beschäftigt werden und von denen nach Ausbruch des Krieges doch mindestens 150 000 zurückgeblieben sind, ist die Arbeitslosigkeit enorm. Nach den Berichten, die bei uns eingegangen sind, überstreichen wir nicht, wenn wir sagen, daß die Zahl der in der Textilindustrie zurzeit beschäftigungslosen Arbeiter und Arbeiterinnen über Hunderttausend beträgt. Neben diesen sind viele Zehntausende, die täglich nur einige Stunden oder wöchentlich nur einige Tage Beschäftigung haben und die bei dem an und für sich schon geringen Verdienst in der Textilindustrie jetzt natürlich ebenfalls bittere Not leiden.“

Sodann fragt das Textilarbeiterblatt lebhaft über das, die Lage noch verschärfende rigorose Vorgehen der Textilkonventionen (Unternehmerskartei):

„Es herrscht also auf dem Textilwarenmarkt eine kolossale Zerstörung und Misströmung, so daß die Industrie wieder schwer zu leiden hat. Die Textilkonventionen haben sich den Schwierigkeiten, die der Krieg dem Textilwarenhandel gebracht hat, nicht ge-

wachsen gezeigt, sie haben im Gegenteil diese Schwierigkeiten noch vermehrt und verschärft.“

Das ruft uns im Namen der arbeitslosen Textilarbeiterchaft auf zum Protest. Wir verlangen auch von den Textilarbeiteranten und deren Abnehmern Verstärkung des Gemeinschaftsvertrages im Interesse unseres Vaterlandes und seiner Bevölkerung. Jetzt haben die kleinen Krämerinteressen zu schwiegen vor der großen Frage: Wie ermöglichst du dem deutschen Volke, dessen Söhne und Väter den holmischen Herd verteidigen, in dieser schweren Zeit die Existenz? Der kapitalistische Staat hat jetzt die Pflicht, ordnend einzutreten, um den zurückgebliebenen Bürgern Arbeit und Lebensunterhalt zu verschaffen.

Grobes haben die Gewerkschaften schon getan; sie haben hergegeben, was sie nur irgend hergeben konnten. Aber gegenüber dieser Riesengroße der Arbeitslosigkeit sind sie machtlos. Daher weg mit den Schwierigkeiten im Textilwarenhandel! Abnehmer und Lieferanten streiten auch nicht, sondern verständigt euch. Gibt dem Volke Arbeit!“

Ein Armeecorps Holzarbeiter.

Vom Verbande der Holzarbeiter sind nicht weniger als 42 000 Mitglieder, also ein volles Armeecorps, ins Feld gegangen. Aber größer noch als das Heer der im Osten und Westen kämpfenden ist die Armee der zurzeit arbeitslosen Holzarbeiter. Sie beträgt 81 000 Mann. Diese, die Familien der Einzogenden und etwa 5000 Frauen erhielten bisher wöchentlich 400 000 Mark an Unterstützungen von der Organisation.

In Arbeit stehen jetzt noch 84 000 Verbandsmitglieder, die aber

nicht alle voll beschäftigt werden und von denen viele damit rechnen müssen, auch bald die Armeen der Beschäftigunglosen zu verstärken!

Internationale Rundschau.

Die ungarnischen Arbeiter gegen den Zarismus.

In der „Wolfsstimme“ (Nummer vom 8. September), dem Hauptorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Ungarns, lesen wir über die Wölzer Schlacht in Polen:

„Seit sieben Tagen tobte die heiße Schlacht, die zu einer blutigen Abrechnung mit dem östlichen Despotismus werden soll. Das große Minen reift zur Entscheidung heran. Und diese Entscheidung gegen die Scharen des Zarats ist es, die wir mit leidenschaftlich erregten Stimmen herbeisehnen. Oh, daß sie siele, daß sie zermalmen niederknalle auf das Moskowiterium, das dieses blutigen Weltkrieges erstmals und lebte Ursache ist! Der Tod unmittelbar unsere Brüder und verbündeten mit schmerzlichem Bangen der Opfer, die das gigantische Ringen heißt. Aber dessen sind wir gewiß: unsere Jugend kämpft dort als Vorhut der europäischen Kultur, sie ist die Wache Europas gegen den Einbruch des östlichen Zarismus.“

Ein englischer Arbeitersührer über die Kriegstreiber.

„Man sieht Macmillan, der begabteste Führer der Arbeiterpartei im britischen Parlament, schreibt im „Labour Leader“ („Arbeiterführer“) über die Politik des Ministers Grey:

„Während der Unterhandlungen war Deutschland bemüht, sich mit England zu verstehen und man wollte den englischen Wünschen in manchen Punkten entgegenkommen. Grey wies aber alle deutschen Versuche kürzerhand ab und weigerte sich, mit dem deutschen Botschafter über die Frage der Neutralität Englands zu sprechen. Dies haben Asquith und Grey in ihren Reden im Parlament verschwiegen.“

War Grey nicht in der Lage, den Frieden zwischen Russland und Deutschland zu wahren, so arbeitete er doch vorsichtig darauf hin, England in den Krieg hineinzuziehen und bediente sich zu diesem Zwecke Belgiens. Grey bedeutete in den letzten acht Jahren eine Bedrohung des europäischen Friedens und seine Politik ist ein Unglück für England. Als Asquith und Grey im Parlamente versicherten, daß England durch seine Entente mit Frankreich keine Verpflichtungen habe, so war das höchst lächerlich, wohlt im Wesen aber unwahr.“

Das stimmt in wesentlichen Punkten überein mit den deutschen Regierungserklärungen über den Kriegsausbruch. Es ist übrigens bestens beweisbar und recht kennzeichnend für die Bürgerlichkeit in England, daß dort selbst während des Kriegszustandes ein Arbeitersührer die Regierung vor aller Welt der Kriegstreiber bezichtigten darf.

Die internationale Arbeitersolidarität steht nicht!

Der norwegische „Socialdemokrat“ veröffentlicht folgendes Schreiben, das dem Sekretär Petersen des norwegischen Bauarbeiterverbandes von dem Sekretär des französischen Bruderverbandes zu gegangen ist:

„Paris, 18. August 1914.“

Lieber Genosse Petersen! Trotz der furchtbaren Katastrophe, in die der Militarismus uns gestürzt hat, verbleiben wir unerschütterlich in dem Glauben an den schicksalhaften Sieg der internationalen Arbeitersbewegung, die uns den Frieden und die völlige Befreiung der Arbeiterschaft sichern wird.

Der Ausschuß unseres Verbandes zur Pflege internationale Verbindungen hat auch beschlossen, die Beziehungen zu unseren ausländischen organisierten Genossen, soweit dies eben möglich ist, aufrecht zu erhalten, in der Hoffnung, daß nach Kriegsende es uns erlaubt sein wird, die Bande der Brüderlichkeit und Solidarität zwischen allen in der internationalen Bauarbeiterorganisation stehenden Genossen zu erneuern.

Wir waren glücklich, gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen die gleiche Sicherung von Euch zu empfangen.

Mit Brudergruß! A. Picard.“

Wir sind der Überzeugung, daß auch die Bergarbeiter international nach dem Kriege zu neuem Leben erwachen wird, zum Segen der Bergarbeiterchaft. Denn das kapitalistische Wirtschaftssystem wird der Weltkrieg nicht besiegen.

Knappelschäfte.

Knappelschäftsverein August Köhne †

Am 8. September fiel bei Mainz der Leiter des Ullg. Knappelschäftsvereins in Bodum, Generaldirektor Köhne, Oberleutnant der Reserve im Infanterie-Regiment Nr. 159, nach der Mobilisierung Führer der 12. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 180. Der Verstorbene stand im 44. Lebensjahr. Er war aus der juristischen Laufbahn herabgegangen und vor seinem am 1. April 1902 erfolgten Eintritt in die Verwaltung des Ullg. Knappelschäftsvereins Gerichtsassessor und späterhin Bürgermeister der Stadt Herne (Westf.). Am 1. Januar 1903 wurde er zum Knappelschäftsverein ernannt; im April 1906, beim Ausscheiden des damaligen Leiter, des Direktors Hoffmann und des Bergars Geffstein, wurde ihm die Leitung der Verwaltung übertragen und am 19. März 1913 der Titel „Generaldirektor“ verliehen.

Während seiner Amtszeit hat der Knappelschäftsverein sich besonders stark entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 247 707 in 1902 auf 409 271 in 1913 oder um 161 564 = 65,2 Prozent, das Vermögen in den drei Kassenabteilungen von 64 822 648 M. auf 268 841 920 M. oder um 203 819 281 M. = 314,4 Prozent. Prozentual ist das Vermögen also fast 6 mal so stark gestiegen, wie die Mitgliederzahl. Schön diese gewaltige Entwicklung bedingt eine Umgestaltung in verwaltungstechnischer Beziehung, an der Köhne hervorragenden Anteil nahm. In seine Amtszeit fielen auch die besonders heftigen Kämpfe um Knappelschäftsreformen. Obwohl unsere Meinungen da mancher sehr weit auseinandergingen, erkannten wir doch gerne an, daß Köhne ein tüchtiger Verwaltungsbaur und Organisator war.

Mitstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Gottfried Wilhelm. Im letzten Monat sind die Löhne hier recht stark gesunken. Es sind Hauerlöhne gezahlt worden von 8,60, 4,00, 4,50, 4,80 und 5,00 Mark. Arbeiter, die das Glück hatten, einen noch höheren Lohn zu verdienen, erhielten das Gehinde gefüllt. Die Beamten sagen: „Was verdient wird, wird ausgezahlt, mehr nicht.“ Selbstverständlich sind die Arbeiter darüber sehr unzufrieden. Es ist wirklich erbäuerlich, daß so wenig Rücksicht auf die Arbeiter genommen wird. Im vorigen Monat hat die Belegschaft freiwillig über 1000 M.

aufgebracht, für die Angehörigen der im Felde stehenden Kameraden. Wenn aber die Löhne weiter so herabgesetzt werden, sind die Arbeiter bald nicht mehr in der Lage, etwas beizutragen zu können. Die Essener Steinholzwerke haben im letzten Jahre einen Verlust von 8 180 884 Mark erzielt. Um so mehr müssen daher die Lohnkürzungen bestanden.

Beide Viktor (Bergarbeiter). Die Schächtlöhner sagten man hier zu verlassen, sich mit einem Lohnabzug von 80 bis 80 Pf. pro Schicht einverstanden zu erklären. Für diejenigen, die nicht einverstanden waren, sollte am 1. September keine Arbeit mehr vorhanden sein. Den Bergarbeitern ist teilweise abgebrochen worden. Teilsweise steht das Gehinde auch so niedrig, daß ein ausländischer Lohn nichts verdient werden kann. Es wird aber gesagt: „Was verdient wird, wird ausgezahlt, nichts mehr.“ Die Lohn- und Gehindelöhner werden mit der schlechten Lage der Zeche begründet. Es mag sein, daß ihre Lage augenblicklich nicht günstig ist; trotzdem sollten Lohnabzüge gerade jetzt schon aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen vermieden werden.

Königreich Sachsen.

Werdauer Bürgergewerkschaft. Auf den Bürgerhäusern ist am Freitag, den 28. August, der Belegschaft eröffnet worden, daß die Ausfahrt anstatt wie bisher um 8½ Uhr, erst um 8¾ Uhr beginnt. Das bedeutet eine Verlängerung der Schichtzeit um eine Viertelstunde, wofür die Arbeiter keine Entschädigung erhalten. In mehreren Betrieben ist die Bevölkerung schwach, doch selbst die Benzinlampen nicht brennen, weshalb elektrische Lampen benutzt werden. Dort wird die Schichtverlängerung von den Arbeitern doppelt schwer empfunden. Sie ist aber auch an und für sich ungerechtfertigt und unter den gegebenen Verhältnissen besonders zu bedauern.

Saargebiet und Recklinghausen.

Grube Dubeller. Der Fahrsteiger Simon hat hier in einer Arbeit der Steigerabteilung Schichtel schärfere Kritik geübt, weil im Vergeßtag noch Steine fallen. Obwohl die Arbeiter bestreikt waren, den Bergvertrag in Ordnung zu bringen, sagte er zu dem drittelführenden Hauer: „Sie werden die nächste Woche entlassen.“ Gut Kluslösung des Sachverhalts wurden Hauer und Fahrsteiger zum Obersteiger bestellt. In der Verhandlung erklärte der Fahrsteiger, er habe den Hauer nur einfürchtern wollen. Der Hauer hielt damit die Sache für erlebt und war daher aufs peinlichste überrascht, als er am 31. August zum Obersteiger bestellt und gefeuigt wurde. Ein Arbeiter fragte einen andern Fahrsteiger: „Welchen Lohn haben wir verdient?“, worauf dieser erwiderte: „Ihr könnt sie auch einmal acht Tage umsonst arbeiten fürs Vaterland.“ Als der Arbeiter darauf sagte: „Was opfern Sie denn fürs Vaterland?“, erhielt er zur Antwort: „Das geht dich gar nichts an!“ Einmal mehr Kameradschaftlichkeit und Entgegenkommen wäre besonders in dieser kritischen Zeit wirklich am Platze.

Saar und Moselgruben, Schacht V (Merlenbach). In der Nacht vom 30. zum 31. August gegen 2 Uhr erfolgte hier eine schwere Schlagwetterexplosion, der ein Wetterkontrollleur zum Opfer fiel. Wäre der Betrieb wie in Friedenszeiten belebt gewesen, hätte die Explosion sicher zahlreiche Opfer gefordert. Über es fuhr nur der Wetterkontrollleur und so konnte die Zahl der Opfer nicht größer sein. Das Meister 15 wurde arg verwüstet. Hatten sich dort Leute befunden, wären sie wohl alle getötet worden. Schon am Sonntag, den 31. August, war dem Steiger morgens gemeldet worden, daß das Meister voll Schlagwetter stände, aber es wurde nichts dagegen unternommen. Abends fuhr dann der Wetterkontrollleur ein und wurde von seinem Schicksal ereilt. Hätte der Steiger sofort nach erfolgter Melbung die notwendigen Schritte unternommen, dann war es möglich, das Unglück zu verhindern.

Südbayernland.

Grube Penzberg. Den Angehörigen ihrer Belegschaftsmitglieder, die einberufen sind, spend

liche Vorhaltungen seitens der Herren Dr. Arnold, Dr. Halbach und der anderen Interessenten vom "Werksverein" gründlich ab! Die Bechenwerke sind keine Arbeiterorganisationen; was sie wollen, das sollen sie nur gleich von den Bechenverwaltungen vorschlagen lassen, darüber kann dann beraten werden. Würde heute im deutschen Volle eine Partei die Rolle spielen, die in der deutschen Arbeiterbewegung den Bechenvereinen zugebracht ist, dann wäre unter Vaterland eine Heute seiner vielen ausländischen Feinde. Wie heutzutage selbst Politiker, die den Gewerkschaften sonst spottend sind, über die Bedeutung der unabhängigen (1) Gewerkschaftlichen Arbeiterverbände für unsere Volkskraft urteilen, das erscheint mir aus der reaktionären "Dortmunder Zeitung", welche am 2. September schrieb:

"Gegen unsere Arbeiterorganisationen gab es so manchen Widerstand und Groß. Sie mögen auch ihre Fehler gemacht haben. Aber wenn sie ihren Mitgliedern den Sinn für Freiheit und Menschenwürde, den erlöhnenden Hass gegen sarafischen Despotismus anerkannt, ist das nicht auch eine ungemeine wichtige Kraft in unserem jetzigen gewaltigen Kampf? Kommt nicht eben daher in Hundertertausender unterer Soldaten ein Kampftreis und ein Opfermut besonderer Art? Und für die Unterstützung der Hinterbliebenen in Arbeiterkreisen, wie wertvoll ist da die praktische Mitarbeit der Organisationen! Wie viel schwerer wäre es ohne die Gewerkschaften, die rechten Wege und Mittel zu finden!"

Das mögen sich vor allen Dingen die Herrschäften am und um den "Werksverein" merken. Ging es nach ihnen, würden die Gewerkschaften durch knebelnde Ausnahmegesetze belastet, unter despotischen russischen Zuständen gezwungen worden sein, hätten dann unter Karlsbad auch mit Kampftreis und Opfermut besonderer Art ins Feld zur Verteidigung ihres Vaterlandes ziehen können? Wir freuen uns gerade im Interesse unseres Vaterlandes, daß wir vor dem Verbrechen der Gewerkschaftskraft durch Ausnahmegesetze und "militärisch" Demütigung bewahrt geblieben sind!

Bürend der Schlacht.

Der "Berliner Volksanzeiger" veröffentlicht den Brief eines Soldaten an seine Angehörigen über seine Empfindungen während des Kampfes auf eine feindliche Stellung, dem wir entnehmen:

"In der schrecklichen Nacht . . . dachte ich auch nicht einen Augenblick an die Gefahren, die mich umtöteten. Da sah der Feind, der mußte geworfen werden. Da ließen meine Kameraden, meine Vorgesetzten; der Gegner stachst eins, man will der erste sein. Ich habe keinen um mich geschenkt, keinen fallen sehen, nur immer den Blick nach dem Feind, der uns zu verbergen sucht. Man schlägt gut, man weiß, jeder Schuß muß ein Treffer sein."

Ist hat man sich dem Feinde bis auf Sturmangriff genähert, ein deutsches Hurra, ein Laufen, Hecken, Schreien. Der Feind hört auf zu schießen; mit dem Bajonet auf den Leib. Nur noch vereinzelt Nebelkarabine. Der Feind wandt. Einige laufen fort, die werden niedergemacht, die andern werden gefangen genommen und werden die Waffen fort, werfen sich auf die Knie und bitten um ihr Leben. Schön, der Sieger ist Grauen für den Besiegten. Furchtbar fiel es mir, die Beute mit dem Bajonet niederzustechen; da empfand ich zum erstenmal die Angst vor dem Tode und vor der Schlacht. Nur für Augenblicke, aber diese waren furchtbar.

Doch als wir im Siegeszug die Gefangenen abführten und die Fahnen unseres Regiments zerfetzt vor uns her flatterten, da war alles vergessen. Siegesjubel und Trubel.

In der Schlacht meine ich Vaters Worte gehört zu haben: "Junge, sei tapfer, mach deinem Vater Ehre", und Mutter glaubte ich unter den Feinden gefangen; die wollte und mußte ich befreien. Dann wird man zum Tiere, dann will man auch morden. Das Vieh zu verteidigen, was man besitzt. Nein, nein, ich möchte nicht dabei fehlen..."

Treuliche Worte zur richtigen Stunde.

Wahrscheinlich für diejenigen Beamten, die bei den um Unterstützung nachsuchenden Kriegerfrauen den Eindruck erwecken wollen, als müßten sie die Gelder hierzu aus ihren eigenen Taschen beziehen, veröffentlicht der Vorstand des Kreises Waldenburg folgende Bekanntmachung:

"Es sind mir Klagen und Beschwerden darüber zu Ohren gekommen, daß Frauen, deren Ehemänner zur Fahne einberufen sind und daher die Familienunterstützungen bei den Ortsbehörden beantragten, teilweise durch die betreffenden Angestellten der Gemeindebehörden in schroffer oder sonst unangemessener Weise behandelt werden. Dieses Verfahren ist nicht geeignet, die bisherige Begeisterung und Opferwilligkeit in der Bevölkerung aufzuhalten und muß dringend verurteilt werden. Ich spreche die dringende Erwartung aus, daß sämtliche mit der Bearbeitung der Familienunterstützungssachen befaßten Dienststellen im Kreise zu derartigen Klagen in Zukunft keinen

Muth mehr geben, daß vielmehr die Anträge auf Unterstützung in wohlwollender Art und Weise geprüft und die Nachsuchenden, wohl meistens nur Frauen, in einem den jetzigen Verhältnissen angepaßten ruhigen Tone behandelt werden, können auch bei Wohnungs- und Mietstreitigkeiten in weitgehendstem Maße mit Rat und Tat zur Seite gestanden und geholfen wird."

Gegen den § 18 des Kriegsgesetzes.

Der § 18 des Kriegsgesetzes besagt, daß die Löhne der Arbeiter nicht unter den Durchschnittslohn der Jahre 1907 bis 1909 heruntergehen dürfen. Sinnen die Löhne unter diesen Durchschnitt, so tritt für das folgende Jahr eine Abzüglichung der Beteiligungsziffer für die in Frage kommenden Werke im gleichen Verhältnis ein, in dem der Lohn der von der Lohnminderung am stärksten betroffenen Arbeiterklasse gefallen ist. Diese Bestimmung war den Kriegsgrubenarbeitern immer ein Dorn im Auge und sehr oft haben wir feststellen können, wie verlustig wurde, diesbezüglich zu umgehen. Zu diesem Zweck wurden von einigen Kaliwerken sogar Kartaverträge eingeführt, weil dann die angebrochene Abzüglichung der Beteiligungsziffer nicht eintritt, auch wenn der Lohn unter den Durchschnitt des Jahres 1907 bis 1909 sinkt. Soht fortwährt die "Industrie" (Nr. 187 vom 12. Sept.) wieder die seitliche Ausschaltung des § 18, weil dadurch das Problem der Arbeitslosigkeit wesentlich gelöst werden könnte. Nicht wenige Kaliwerke würden bereit sein, noch weitere Opfer auf sich zu nehmen und Arbeiter bei sich zu beschäftigen, wenn nicht das Damoklesschwert des § 18 des Kriegsgesetzes über ihnen schwänge", schreibt das Blatt. Sehr häufig hätten auch die Arbeiter selbst erklärt, "sie möchten gern arbeiten, selbst um geringen Lohn, wenn sie nur etwas verdienen könnten."

Wir erkennen durchaus nicht, daß sich die Kaliindustrie in einer teilweise militärischen Lage befindet. Über das war auch vor dem Krieg schon der Fall und zwar lediglich infolge der Nebenspekulation der einzelnen Kaliinteressenten. Daran sind die Arbeiter nicht schuld und sie können daher auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Und wenn wirklich Arbeiter sich bereit erklärt haben, billiger zu arbeiten, so geschieh das ebenfalls in Verkenntung der tatsächlichen Verhältnisse. Wenn sich die Verhältnisse infolge des Krieges auch noch weiter verschärft haben, können wir uns doch nicht für die Ausschaltung des § 18 erklären. Dadurch würde auch das gewünschte Ziel nicht erreicht. Die Arbeiter würden in ihrem Lohnentommen lediglich aufs schwerste geschädigt zugunsten der Kaliinteressenten; diese würden über unseres Erachtens trocken keinen Mann mehr einstellen, wie sie brauchten. Wir werden unseren ablehnenden Standpunkt in nächster Nummer der "Bergarbeiter-Ztg." näher begründen.

Berbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 38. Woche (vom 13. bis 19. September 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Um unsere Vertrauensleute!

Die in den Bahlstellen befindlichen Sammelstellen sind nicht mit der Hauptkasse, sondern mit den in Frage kommenden Bezirksleitern abzurechnen. Die nach hier eingefundene Gelder der Ortsklassen für Unterstützungs Zwecke werden regelmäßig in unserm Verbandsorgan quittiert. Aus diesem Grunde erhält sich die Ausstellung einer besondere Quittung.

Die Hauptkasse.

Auf verschiedene Fragen sei mitgeteilt, daß die Auszahlung der Unterstützung an die Angehörigen der im Felde stehenden Mitglieder erfolgt, sobald die nötigen Vorarbeiten erledigt sind. Die Auszahlung erfolgt dann durch die Post und ist es deshalb zwecklos, auf dem Hauptbüro vorzusprechen. Wo Gemeinden dazu übergehen, die Unterstützung aufzurichten, stellen wir die Auszahlung ein. Die noch in den Bahlstellen befindlichen Bücher der Kriegsteilnehmer sind nebst Formularen schleunigst einzusenden.

Der Vorstand.

Bezirk Dortmund. Da infolge des Krieges es nicht angebracht war, das geplante Verbandsbüro für gemeinschaftlich für die Bahlstellen Dortmund, Eving, Lindenhorst und Deuten am 30. August zu feiern, so haben sie in Frage kommenden Ortsverwaltungen unter Hinziehung der Bezirksleitung beschlossen, die in Umlauf befindlichen Festkarten wieder einzuziehen. Nach Abzug der entstandenen Unkosten soll der etwaige Überschuss der Unterstützungsliste zur Unterstützung der Angehörigen unserer zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder verwandt werden. Bis spätestens den 30. September muß die Abrechnung mit den Herausgabern der Karte erfolgen. Ist bis zu diesem Datum das bereits gezahlte Eintrittsgeld unter Zurückgabe der Karte nicht retourniert

verlangt worden, wird angenommen, daß — was wir wohl allgemein erwarten dürfen — der kleine Betrag zu Gunsten des angeführten Zwecks geopfert wird. Die zuständigen Ortsverwaltungen und Bezirksleitung

Rechtsschutz betreffend.

Bergarbeiter-Ztg. Wir bitten zu beachten, daß in der gegenwärtigen Zeit die mündliche Rechtschutzerteilung nur an einem Tage in der Woche erfolgen kann. Mündliche Ratskunst wird bis auf weiteres gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches nur am Freitag, vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr, im Bureau, Calauer Straße 39, erteilt. Tag und Stunden sind genau zu beachten.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Bahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Buer. Am 12. und 28. September.

Für den Unterstützungslands

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beiträge ein:

a) **Als Sparbücher:** Bahlstellen Holthausen (Bez. Linden) 50,99, Ramen I (Bez. Hamm) 289,89, Wistedde (Bez. Lünen) 26,—, Krefeld (Bez. Senftenberg) 100,28, Eppendorf (Bez. Bochum) 100,—, Herten (Bez. Hamm) 100,—, Herne II (Bez. Castrop) 44,01, Medingenhausen-Süd und Hochalarm (Bez. Recklinghausen) 60,—, Horne (Bez. Linden) 196,42, Bezirk Senftenberg 457,99 MW.

b) **In bar:** Bahlstellen Höchsten I (Bez. Gießlinghausen) 100,—, Weitmar II (Bez. Bochum) 100,—, Langendreer I (Bez. Bochum) 124,—, Weddinghausen (Bez. Lünen) 6,84, Siedel I (Bez. Linden) 55,60, Baumberg (Bez. Linden) 20,—, Gestern (Bez. Broich) 100,—, Langendreer II (Bez. Bochum) 70,—, Billingen (Bez. Lahn-Dillkreis) 0,40, Deininghausen (Bez. Castrop) 89,49, Brüggen (Bez. Dortmund) 150,—, Menglinghausen (Bez. Gießlinghausen) 60,—, Mündingenhausen (Bez. Gießlinghausen) 80,—, Söder (Bez. Gießlinghausen) 8,87, Gießlinghausen (Bez. Gießlinghausen) 180,—, Groppenbruch (Bez. Castrop) 70,25, Wistedde (Bez. Lünen) 18,—, Höchsten II (Bez. Gießlinghausen) 10,—, Kirchlinde (Bez. Castrop) 68,17, Schanze (Bez. Gießlinghausen) 20,78, Dahlhausen-Hörderberg (Bez. Linden) 18,68, Seelen (Bez. Hamm) 80,—, Bottrop II (Bez. Gladbeck) 28,22, 11,70 und 14,60, Margloh III (Bez. Oberhausen) 7,20, Biefang (Bez. Oberhausen) 71,40, Gladbeck I (Bez. Gladbeck) 47,55, Saltern (Bez. Medingenhausen) 97,—, Gornborn (Bez. Bochum) 110,—, Werden (Bez. Essen-Ost) 80,—, Katernberg (Bez. Essen-West) 50,—, Hamm-Nord (Bez. Hamm) 8,85, Oberhausen IV (Bez. Oberhausen) 50,—, Wiedrich II (Bez. Oberhausen) 181,44, Wistedde (Bez. Linden) 8,47, Linden-Süd (Bez. Lünen) 68,—, Vort (Bez. Lünen) 68,95, Berghausen (Bez. Gladbeck) 42,02, Massen II (Bez. Hamm) 20,—, Waime (Bez. Gelsenkirchen) 144,79, Geven (Bez. Linden) 2,85, Ramen II (Bez. Hamm) 108,—, Tiefenbrück (Bez. Essen-Ost) 28,10, Siedel II (Bez. Gelsenkirchen) 5,58, Raugel (Bez. Castrop) 80,47, Querenburg (Aktionsausschuss) 53,66, Massen I (Bez. Hamm) 82,60, Meldebach I (Bez. Oberhausen) 124,45, Margloh II (Bez. Oberhausen) 120,02, Bommern (Bez. Linden) 200,—, Hochlar (Bez. Medingenhausen) 29,46, Büttendorf (Bez. Gladbeck) 107,29, Broedel (Bez. Gladbeck) 100,—, Bottrop I (Bez. Gladbeck) 27,81, Dorsten (Bez. Gladbeck) 44,78, Lanstroop (Bez. Lünen) 50,—, Oberhausen (Bez. Lünen) 7,05, Siedel II (Bez. Linden) 17,87, Schüren (Bez. Gießlinghausen) 50,—, Margloh I (Bez. Oberh.) 15,—, Dümpten III (Bez. Oberh.) 44,80, Werne (Bez. Hamm) 75,—, Ramen I (Bez. Hamm) 50,—, Bertlich (Bez. Medingenhausen) 25,69, Leichern (Bez. Beiz) 100,—, Kainna (Bez. Beiz) 50,—, Trebnitz (Bez. Beiz) 50,—, Beiz (Bez. Beiz) 50,—, Bezirk Beiz 400,—, Ende (Bez. Gießlinghausen) 50,—, Massen I (Bez. Hamm) 82,60, Medingenhausen (Bez. Essen-Ost) 100,—, Carnap (Bez. Essen-West) 100,—, Niederau (Bez. Lünen) 19,60, Brüninghausen (Bez. Gießlinghausen) 100,—, Gelsenkirchen III (Bez. Gelsenkirchen) 78,88, Gelsenkirchen VI (Bez. Gelsenkirchen) 50,—, Mündingenhausen (Bez. Medingenhausen) 65,—.

Achtung Knappschaftsälteste!

Kommision Essen

Sonntag, den 20. Septbr. 1914, vormittags 9½ Uhr, im Lokale des Herrn Gatho ("Groß-Essen") in Essen, Ecke Steelerstraße und Postallee:

Quartals-Versammlung

Um allezeitiges und pünktliches Erscheinen erachtet

Der Obmann

Nachruf!

Auf dem Felde der Ehre fiel am 6. September 1914

Herr August Köhne

Generaldirektor des Allg. Knappschaftsvereins Bochum
Oberleutnant der Reserve.

Seit 1902 an der Spitze der Verwaltung unseres Vereins tätig, widmete er sich mit einem umfassenden Wissen, einer reichen Erfahrung und einem tiefen Verständnis den Interessen des Vereins. Dem Vorstande war er der treueste Berater, den Beamten ein stets gerechter und treusorgender Vorgesetzter. Dank der Lauterkeit seines Charakters, seines liebenswürdigen, wohlwollenden Benehmens und seiner strengen Gerechtigkeitsliebe, genoss er bei Werksbesitzern und Knappschaftsältesten das vollste Vertrauen und manche Schwierigkeit wurde durch sein Eingreifen beseitigt. Wohl allseitig bestand der Wunsch, ihn noch lange in seiner segensreichen Tätigkeit erhalten zu sehen. Tiefbetrübt bewahren wir dem braven Manne, der auch dem Vaterland gegenüber bis zum letzten Atemzuge seine Pflicht erfüllte, das dankbarste Andenken.

Bochum, den 9. September 1914.

Der Vorstand des Allg. Knappschaftsvereins
Dr. Weidman, Geh. Bergrat und Oberbergrat, M. d. H.

Bergarbeiter-Kalender 1915

Der Jahrg. 1914 des Bergarbeiter-Kalenders hatte eine Auflage von 10,000 und wurde gatt abgesetzt. Das scheint uns ein Beweis zu sein, daß sich unter Tagesbedingungen einiger Beliebtheit erfreut. Wie halten uns deshalb nicht für berechtigt, wegen des Krieges das Erstellen des Kalenders einzustellen. Um aber zu verhindern, daß die Auflage der Bedarf übersteigt, erütteln wir die Bestellungen möglichst bald, spätestens bis zum 1. November durch die Ortsverwaltungen an uns aufzugeben. — Der Kalender wird mit Bleiflit geprägt und kostet wie bisher 50 Pf.

H. Hansmann & Co.

Bochum, Wiemelhauser Str. 42.

Wir empfehlen:
Füll-Federhalter
mit Goldfeder und Füller
Preise 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 MW.

Bleistifte

1 DW. MW. 0,50 | 6 DW. MW. 2,35

3 DW. MW. 1,25 | 12 DW. MW. 4,50

Kreuz und quer durch den Ballon.

Von Ludwig Eichen. Preis 1,50 MW.

Bestellungen zu richten an

H. Hansmann & Co. in Bochum.

Den Heldentod für das Vaterland starb am 6. September 1914

Herr August Köhne

Generaldirektor des Allg. Knappschaftsvereins Bochum
Oberleutnant der Reserve.

Er gehörte seit 1902 der Verwaltung unseres Vereins an, zuerst als juristischer Hilfsarbeiter und seit 1904 als Direktor, später als Generaldirektor. In unermüdlicher Tätigkeit hat er die innere und äußere Organisation der Verwaltung ausgebaut und die Durchführung der bedeutenden sozialen Aufgaben unseres Vereins mit großem Erfolg geleitet und gefördert. Er war uns in seiner Sachkenntnis, seiner großen organisatorischen Fähigung, seiner hingebenden Pflichtfreude und seiner nie erlahmenden Arbeitsfreudigkeit ein leuchtendes Vorbild, das wir nie vergessen werden.

Bochum, den 9. September 1914.

**Die Verwaltung
des Allg. Knappschaftsvereins**
I. V.: Dr. Heimann.

</div